

Luzerner Tagblatt

Freisinniges Organ

Hauptanzeigebblatt für Stadt und Kanton Luzern

und die übrige Zentralschweiz

Siebenundvierzigster Jahrgang

Abonnementspreise:

12 Monate	10 Monate	6 Monate	3 Monate
Fr. 3.40	Fr. 3.10	Fr. 2.10	Fr. 1.20

Durch die Post bestellbar. Die Luzerner zum Vorzuge. Einzelne Blätter zu Fr. 10. —

Inserionspreise:

Die einspaltige Zeile über deren Namen: 8 Cts.

zweite Spalte: 10 Cts.

dritte Spalte: 12 Cts.

vierte Spalte: 14 Cts.

fünfte Spalte: 16 Cts.

sechste Spalte: 18 Cts.

vierte Spalte: 20 Cts.

sechste Spalte: 22 Cts.

achte Spalte: 24 Cts.

zehnte Spalte: 26 Cts.

zwölfte Spalte: 28 Cts.

vierzehnte Spalte: 30 Cts.

sechzehnte Spalte: 32 Cts.

achtzehnte Spalte: 34 Cts.

zwanzigste Spalte: 36 Cts.

einundzwanzigste Spalte: 38 Cts.

einunddreißigste Spalte: 42 Cts.

einundvierzigste Spalte: 46 Cts.

einundfünfzigste Spalte: 50 Cts.

Redaktions-Bureau: Balzstrasse Nr. 11. Telefon 111. Druckerei: Balzstrasse Nr. 11. Druckkosten: Balzstrasse Nr. 11. Druckkosten: Balzstrasse Nr. 11.

Vor hundert Jahren.

11. Februar.

Einzigste Mitteilung von Luzern über die Luzerner Revolution von 1782. Luzern wird durch die Franzosen besetzt. Der Bund rückt heran. Die Luzerner kämpfen tapfer. Die Franzosen müssen sich zurückziehen. Der Bund sichert die Unabhängigkeit. Der Bund vereinigt sich. Der Bund wird ein Bundesstaat. Der Bund hat eine gemeinsame Verfassung. Der Bund hat eine gemeinsame Regierung. Der Bund hat eine gemeinsame Justiz. Der Bund hat eine gemeinsame Armee. Der Bund hat eine gemeinsame Währung. Der Bund hat eine gemeinsame Sprache. Der Bund hat eine gemeinsame Kultur. Der Bund hat eine gemeinsame Geschichte. Der Bund hat eine gemeinsame Zukunft.

1897/98 mit 70 Millionen Mark ergeben, und der zu gleichem Zweck bestimmte Überschuss des Staatshaushalts 1897/98 wird auf 85 Millionen Mark geschätzt.

Nach in Oesterreich hat, wie Dr. Cramer kürzlich konstatierte, der Staat sich bei der Übernahme von Privatbahnen in den meisten Fällen zur planmäßigen Tilgung der bestehenden Obligationen verpflichtet. Seit ungefähr Mitte der Siebziger-Jahre hat der österreichische Staat neue Konzeptionen an Privat nur unter Überbindung der Verpflichtung zur Amortisation nach seien Sägen und unter der weitem Bedingung erteilt, daß ihm die Bahn nach 90 Jahren unentgeltlich angeheime.

Das alles steht fest, und ein weiterer Versuch, diese Verhältnisse zu vertuschen oder sie gar abzulugnen, wäre absolut freischald. Welch ungeheure Nachteile der Schweiz erwachsen werden, wenn eines Tages in den großen Nachbarstaaten die Eisenbahnen sich im schuldenfreien Besitz der Regierungen befinden werden, während die schweizerischen Bahnen noch mit dem ganzen Anlagekapital belastet sind und aus dem Betrieb zunächst die Zinsen für dieses Kapital werden aufbringen müssen, ist unklar auszurechnen. Das Anlagekapital der fünf schweizerischen Dampfbahnen, von deren Rückkauf es sich heute handelt, stellt sich auf 908 Millionen, nämlich 677 Millionen waren in Obligationen und 331 Millionen in Aktien. Da liegen wir einem Juyland gegenüber, rief schon Dr. Bunderat Wetti in seiner am 1. Dezember 1891 in der Vorrede zu dem Bericht gehaltenen Rede aus, welcher die höchste Gefahr für den Bestand unserer Landes in sich birgt. Diese Gefahr heißt Verarmung des Landes oder wenigstens Inferiorität, wirtschaftliche Inferiorität (Minderwertigkeit) gegenüber dem Ausland. Es ist dringend nötig, daß das Schweizer Volk diese Gefahr ins Auge fasse, und sich eine hohe und ernste Pflicht der eigentümlichen Selbsterhaltung, alles zu tun und nichts zu unterlassen, um das Schweizer Volk auf diese Gefahr aufmerksam zu machen.

Wunderrate und dessen Experten ausgerechneten Betrag zurückzuführen, die Möglichkeit der Amortisation, die Möglichkeit von Tarifreduktionen. Während man in Schwyz vor der bischöflichen Unfehlbarkeit auf den Knien rutschte, brüllte man sich in Surke damit, daß man nicht an die Unfehlbarkeit des Herrn Bemp glaube, der doch vom Eisenbahnen am kleinen Finger mehr versteht, als die Surker Delegationen an der ganzen Hand. Nur die „Miliardi“ Schulen sind im richtigen Marktsekretariat mit den dicken Lettern an die Wand gemalt, aber dabei vergessen, hinzuzufügen, daß dieser der volle Gegenwert in einem gut rentierenden Eisenbahnen, das sich stetig wachsender Einnahmen erfreut, vorhanden ist. Ueber diesen letztgenannten Punkt werden wir im nächsten Artikel authentische Mitteilungen bringen.

mehr das bewegliche Wesen und das fröhliche Temperament des Entlebuchers, das sich da Luft machte. Es lag nichts Böses darin. Trotz dem enormen Widerstand waren die Leute freundlich und rückwärts, aber das Interesse am Gegenstand zeigte in der Menge, und die Lebhaftigkeit, womit ein Teil der Anführer des Herrn. Val. Nat Schmid abgelehnt wurde, war weder eine Bedenke noch eine Gemüthe.

Aber auch dieser Nebel wurde bis zu Ende angehört, und die leisen Mahnungen des Präsidiums fanden jenen prompte Nachachtung. Wenn sich daher die gemerische Presse Mühe gibt, die Veranstaltung als eine juglose Rabaugethätigkeit hinzustellen, so wollen wir das nicht einmal sehr tragisch nehmen. Es ist der Ausdruck bitterster Verlegenheit und zugleich das Eingeständnis, daß der würdigen Beweisführung des Redners in keiner Weise beizukommen ist.

Schweiz.

Eisenbahnenstaatlichung. Die notwendigste ist, geht aus folgenden hervor: Zürich fand eine Konferenz in Zürich zwischen den Direktoren der schweizerischen Eisenbahnen, den bairischen Eisenbahnen und den österreichischen Staatsbahn unter Leitung des Eisenbahndepartements.

Ueber die Verhandlung war die wichtige, seit Jahren pendente Frage der Führung eines direkten Nachschlusses von Wien und Norddeutschland her über St. Margrethen-St. Gallen-Zürich-Basel-Stadt. Die Bahnen zeigten Bereitwilligkeit, ganz oder teilweise auf das Projekt einzutreten; nur die Nordostbahn machte absolut Opposition und gab den ausdrücklichen Willen, wie schon früher einmal, das schöne Schauspiel der Uneinigigkeit und Zerfahrenheit der schweizerischen Eisenbahnpolitik. Das Eisenbahndepartement konnte nur konstatieren, daß nichts zu machen sei.

Eigentümliches Schützenfest. Das Organisationskomitee für das eidgenössische Schützenfest hat in seiner Sitzung vom letzten Montag Abend das Generalbudget genehmigt mit einem Total von 1,365,125 Einnehmungen und 1,362,270 Fr. Ausgaben. Zum Redaktor der offiziellen Festzeitung wurde Lehrer Veriaz von Aarau ernannt.

Die das Fest besuchenden Musikgesellschaften erhalten Willens zu halben Preisen.

Entstellung! Das „Id.“ schreibt: Das „Tagblatt“ hat auch Herrn Nationalrat Schöbinger zu den „Verletrern“ in der Eisenbahnfrage gewählt, weil er im Nationalrat für das Eintreten auf die Vorlage gestimmt, selbst dann aber in der Schlussabstimmung doch verworfen habe. Das sei nun „benohte Entstellung des Schöbinger“, meint das „Id.“

Wir müssen das „Id.“ erwidern, den betreffenden „Tagblatt“ Artikel noch einmal, aber richtig zu lesen. Darin wurde gesagt, daß Schöbinger an der Verzammlung in Sarsee keinen guten Gaben am Gesetz gefunden, obwohl sein Votum in der Eintretensfrage sich basierte nur in Ablehnung auf seinen „Mißfallen“ gründet habe. In der Tat treten in der eidgenössischen Diskussion die demängliche Organisation der Verwaltung und der verdrängte Nebenbahnenartikel ganz in den Hintergrund. Nach dem Artikel des „Id.“ hat denn auch Dr. Schöbinger in Sursee den ausdrücklichen Vorbehalt nur kurz, die Nebenbahnen gar nicht be-tührt. Wir müssen also ergebnis bitten, die „Entstellung“ nicht bei uns, sondern im eigenen Hause zu suchen!

Das „Id.“ läßt sich aus dem Entlebuch melden, die Entscheidung der Rückkaufsvorlage sehr ungünstig, und es solle es nur niemand probieren, am Wirklich für die Verstaatlichung einzutreten!

Man merkt die Wut und gaudiert sich. Aus Schupfheim schreibt man uns: Was das „Id.“ von hier über einen Aufschwung in der Volksstimmung zu berichten weiß, beruht auf nichts anderem als einer einseitigen Mißvernehmung. Die Abstimmung vom 20. Jänner wird zeigen, daß man hier sich sehr wohl für den Rückkauf der Eisenbahnen aussprechen darf. Die „Wahrheit“, nur die Auffassung nicht zu hoch gespannt!

Emmentaler. Der Grütliverein veranstaltet auf Samstag den 12. d. M., abends 8 Uhr, im Restaurant „Huber“ für Neußtal, Murgbühl und Umgebung eine Volksversammlung zur Besprechung der Frage der Eisenbahnverstaatlichung. Es ist zu hoffen, daß die Beteiligung angesichts der Wichtigkeit der Sache eine sehr zahlreiche werde, indem jeder Bürger, gleichviel welcher politischen Parteinrichtung er angehört, freundschaftlich zur Teilnahme eingeladen ist.

Gröningen. Nächsten Sonntag nachmittags halb 2 Uhr hält Dr. W. Biedler in der „Krone“ zu Gröningen ein Referat über den Rückkauf der schweizerischen Bahnen.

Hain. (Korresp.) Auch hier hat letzten Sonntag zu Gunsten der Eisenbahnenverstaatlichung eine Versammlung stattgefunden. Es referierte in 17/2stündigem Vortrage Herr Fürstpred Dr. Siedler aus Luzern. In seinem klaren, wohlüberdachten Vortrage wurde der Herr. Vorredner alle allfälligen Bedenken zu zerstreuen. Auch umfassende Referenzen wurden mit der Sache angeführt. Die 120 Mann starke Versammlung verdankt das vorzügliche Referat durch Erheben von den Sihen. Dr. Siedler. Auf die gesellschaftliche Hain sei an dieser Stelle öffentlich gedankt; durch ihre treulichen Vorträge hat sie bedeutend zur Verwirklichung der Verstaatlichung beigetragen.

Eine ungeheure Verantwortlichkeit!

läßt nach einem Ausspruch, welchen Dr. Nationalrat Cramer (Frei) jüngst in der „Neuen Zürcher-Ztg.“ (Nr. 24 Jänner) getan, auf den Gegnern des Rückkaufs. Dr. Cramer ist nicht der Mann, welcher mit den Worten spielt, sondern er pflegt sie genau abzumessen. Wenn dieser eminente Finanzmann, welcher auf dem Gebiete der Volkswirtschaft unsterblich eine der ersten schweizerischen Autoritäten ist — er darf übrigens getraut werden als die rechte Autorität bezeichnet werden — demart spricht, so haben wir es nicht mehr mit einer bloßen Zeitungspresse zu tun, sondern mit einem Ausspruch, der beachtet sein muß und nicht in den Wind geschlagen werden darf.

Die Tatsache, daß eine Anzahl mit unserm Lande wirtschaftlich in erster Linie konkurrierender Staaten die Tilgung der Eisenbahnschulden, oder besser gesagt, der Kosten der festen Anlagen der Eisenbahnen angebahnt haben, kann absolut nicht bestreiten werden. In diesen Staaten werden somit in der Zukunft die Zinsen der betreffenden Kapitalverträge nicht mehr durch die Transporterträge aufgebracht werden müssen. Infolge dessen werden die später imstande sein, durch billigere Transporterträge ihre Konkurrenz zu erheben. Unsere Hauptkonkurrenten sind Deutschland und Frankreich. Es ist nachgewiesen, daß sich das gesamte Anlagekapital der preussischen Staatsbahnen zum 31. März 1898 um 565 Millionen Mark vermindert hat. Mit Rücksicht auf den Umstand, daß um die Mitte der kommenden Jahres der die französischen Bahnen gegen bloße Bezahlung des Holzmaterials und gegen bloße Bezahlung der Arbeitskräfte der andern Staaten, im übrigen unentgeltlich, an den Staat fallen werden, haben die preussischen Kammeren über dies ein letztes Jahr in Kraft getretene Schuldentilgungsgesetz angenommen, nach dessen Wortlaut obligatorisch jährlich 1/2 Prozent aller Staatsschulden, inbegriffen die Eisenbahnschulden, fallen und zu demselben Zweck allfällige weitere Anleihe (neben der obligatorischen) durchgreifbarem Überschuss hat bereits das Staatsjahr

Auch Dr. Wetzler, der gegenwärtige Präsident des Verwaltungsrates der Vereinigten Schweizerbahnen, hat an der letzten Delegierten Versammlung der liberalen Partei des Kantons St. Gallen auf diese Verhältnisse aufmerksam gemacht. Er sprach es offen aus, daß er von jetzt an in der Zukunft gewöhnt ist, weil das gewöhnliche Verkehrrisikio der modernen Zeit, das die volkswirtschaftlichen Interessen des ganzen Vaterlandes beherrscht, der Natur der Sache nach in die Hände des Staates gehöre, und jodann hauptsächlich mit Rücksicht darauf, daß der Bund basisble in einer Art und Weise übernahm, welche eine Amortisation des Rückkaufpreises in einer bestimmten Reihe von Jahren ermöglichte. Dieser letztere Punkt sei der ausschlaggebende, und von demselben hänge die ganze Zukunft der volkswirtschaftlichen Entwicklung des Vaterlandes ab. Darüber sei auch das Volk in erster Linie aufzuklären.

Auf den gleichen Standpunkt stellte sich die Basler Handelskammer in ihrem Gutachten über die Rückkaufsvorlage. Sie rief darin auf den Gang der Entwicklung der Eisenbahnenwesens in allen andern Ländern Mittel- und Ost-Europas, das drohende Schicksal, das die Verstaatlichung der Eisenbahnen im Inn- und Auslandes das kommen wird und daß, wer darin zurückbleibe, Gefahr laufe, im wirtschaftlichen Wettbewerbs in die Hinterreste zu geraten.

Auf diese Verhältnisse gründet sich die „ungeheure Verantwortlichkeit“, welche die Gegner des Rückkaufs auf sich nehmen. Und sie beladen sich mit der selben mit einer Leichtsinnigkeit, um nicht zu sagen „Wurstigkeit“, die wahrhaft erschauend ist. Jurets haben sie versucht, die Tatsache der Amortisation der Eisenbahnschulden in unsern Nachbarländern zu leugnen. Wie, da das Gegen-tel dermaßen vorliegt, bestreiten sie die Möglichkeit, die schweizerischen Rückkaufsvorlage vorge-schene und geforderte Amortisation durchzuführen zu können. Ihre ganze Kritik besteht überhaupt darin, alles zu bestritten, alles in Frage zu stellen; die Möglichkeit, die Bahnen um den vom

Luzern. Dr. Bunderat Dr. Bemp kann aus Gesundheitsrückgründen dem Gesuche der Gesellschaft für Handel und Industrie in Luzern, in einer von ihr zu veranstaltenden Versammlung über den Eisenbahnrückkauf zu referieren, nicht entsprechen. Dr. Bunderat Bemp ist, seitdem er am Sonntag in Entlebuch seine große Rede hielt, wieder lebend. Eine allgemeine Ermüdung und neuerdings auch Affektionen im Rehlspof — ein altes Uebel — gebieten Schonung; so lautet auch der Rat des Arztes.

Die Rede Bemps liegt begriffsicherweise unsern Gegnern schwer auf dem Magen. Seine Argumente sind nicht zu widerlegen, und sie finden in der Persönlichkeit des Redners noch eine ganz besondere Stütze. Die Epigrammatik der Gegner prallen ab an der Guterzucht und dem Vertrauen, das er dem Lande und seiner Zukunft entgegenbringt. Er spricht nicht zurück vor der Verantwortlichkeit der „Miliardenkauf“, er leuchtet hinein in das tagumge Spinnweb der Völkner. Und gar jene nationale Wahnung, große, nationale Fragen nicht immer von dem parlamentarischen Standpunkt des parteipolitischen Interesses aus anzusehen — das tut mal!

Da die Gegner der Rede und dem Redner nichts anhaben können, suchen sie die Versammlung herabzumüden. Wir hätten es aus verschiedenen Gründen lieber gesehen, wenn Dr. Herr. Nat Schöbinger durchweg mit lawlofer Güte angehoert worden wäre. Im allgemeinen ist dies auch der Fall gewesen, und nur in seine Silbe seines Wortes entzungen; einzelne Ausführungen aber wurden mit Geklächer aufgenommen. Uns machte es den Eindruck, es sei beigetragen.